

# FÜR DEN GRÜNEN WANDEL

GRÜNES  
PROGRAMM  
KOMPAKT

UND   
DU?



Im Wahljahr 2013 haben wir eine neue Form der Beteiligung möglich gemacht:

In einem Mitgliederentscheid haben unsere Mitglieder aus 58 Schlüsselprojekten des Wahlprogramms neun Regierungsprioritäten bestimmt. Für diese streiten wir mit oberster Priorität im Wahlkampf und packen sie bei einer Regierungsbeteiligung als Erstes an.

#### INHALT:

Auf ein Wort	4
Warum es Zeit ist, dass sich was ändert	6
Für eine echte Energiewende	16
Mehr Gerechtigkeit schaffen	20
Eine moderne Gesellschaft leben	24

## LIEBE WÄHLERINNEN UND WÄHLER,

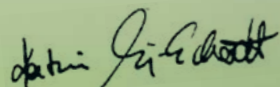
wir Grüne haben immer versucht, Politik zu machen, die über den Tag hinausdenkt.

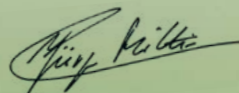
In vielen Fragen - vom Kampf gegen Atomkraft bis zur Gleichstellung der Geschlechter, von biologischen Lebensmitteln bis zum Einsatz für Bürgerrechte und Demokratie - glauben wir, der deutschen Gesellschaft Impulse gegeben zu haben.

Mit Blick auf die Bundestagswahl am 22. September laden wir Sie auch heute wieder ein, mit uns über den Tag hinauszudenken. Deutschland hat auf dem Weg zu einer grünen Wirtschaft und einer offenen Gesellschaft einiges erreicht, aber in vielerlei Hinsicht haben wir gerade erst angefangen. Unsere Partei hat sich in den letzten vier Jahren ausführlich damit beschäftigt, wie wir das Land weiter umbauen können, damit es gerechter und moderner zugeht, damit Umwelt, Natur und Klima besser geschützt werden.

Wir glauben, dass sich dazu einiges ändern muss. In unserem Wahlprogramm beschreiben wir einen ökologischen und sozialen Umbau der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft. An einem solchen grünen Wandel arbeiten schon heute viele Menschen in diesem Land. Wir wollen ihn mit einer neuen Politik voranbringen.

Mit Ihrer Stimme für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN können Sie uns bei der Bundestagswahl am 22. September dabei helfen.

  
Katrin Göring-Eckardt

  
Jürgen Trittin



# WARUM ES ZEIT IST, DASS SICH WAS ÄNDERT



Deutschland und Europa stehen vor großen Problemen.

Klimakatastrophe und Umweltzerstörung schreiten voran. Die Krise der Banken ist zur Krise Europas geworden, die Schulden wachsen. Während einige wenige immer reicher werden, arbeiten Millionen Menschen für Niedriglöhne in unsicheren Jobs. Viele Kinder und Jugendliche haben zwar Talente, aber keine echte Chance, etwas daraus zu machen.

Den Unternehmen gehen die Fachkräfte aus. Frauen und Männer sind in Deutschland immer noch nicht gleichberechtigt und viele Menschen werden immer noch wegen ihrer Herkunft oder ihrer sexuellen Identität diskriminiert.

# WARUM ES ZEIT IST, DASS SICH WAS ÄNDERT

Die wirtschaftliche Lage ist in Deutschland auf den ersten Blick gut. Aber der ökonomische Erfolg ist nicht nachhaltig, weil unsere Art und Weise des Wirtschaftens noch immer unsere natürlichen Lebensgrundlagen angreift und auf Dauer zerstört. Die Produktion unseres Essens, unserer Handys, Autos, Kleider und Möbel verursacht zu viele klimaschädliche Treibhausgase und verbraucht zu viele Ressourcen. Wälder werden dafür gerodet, Böden ausgelaugt, und die Artenvielfalt schrumpft. So entzieht unser Wohlstand sich selbst seine Grundlage.

Unser wirtschaftlicher Erfolg ist nicht nachhaltig, denn Europa ist aus dem Gleichgewicht geraten. Deutschland exportiert vor allem zu unseren europäischen Nachbarn. Die Krise der europäischen Wirtschaft wird also nicht ewig an uns vorbeigehen.

Und der wirtschaftliche Erfolg ist nicht nachhaltig, weil viel zu wenige etwas davon haben. Jeder fünfte Beschäftigte arbeitet für einen Niedriglohn. 2,5 Millionen Kinder leben in Armut und haben schlechte Chancen, später einmal aus dieser Armut herauszukommen.

Auch in der Mittelschicht sind viele Löhne in den letzten Jahren real nicht gestiegen, der wirtschaftliche Erfolg kommt nicht in der Breite der Gesellschaft an.

Der staatliche Schuldenberg wächst, die Länder haben zu wenig Geld für Bildung, in den Gemeinden fehlt das Geld für Schulen, Kitas, Schwimmbäder. Gleichzeitig hat sich das private Vermögen reicher und wohlhabender Menschen in zwanzig Jahren auf über zehn Billionen Euro mehr als verdoppelt. Weit über die Hälfte davon gehört den vermögendsten zehn Prozent. Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft steht infrage.

Angela Merkels schwarz-gelbe Koalition hat vier Jahre lang gestritten und war immer nur einig, wenn es darum ging, ihre Klientel zu bedienen, also mächtige Interessengruppen und große Konzerne. Sie hat keine Weichen für die Zukunft gestellt, die Spaltung in Arm und Reich verschärft und die Energiewende blockiert. Und sie verweigert sich der Gleichstellung der Frauen und der Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben. Die Bilanz dieser Regierung

ist schlecht. Unser Land braucht einen klaren Kompass für die Zukunft und eine Regierung mit Mut zum Wandel. Wir Grüne meinen, dass wir jetzt einiges verändern sollten, um eine gute Zukunft zu schaffen.

Wir wollen gemeinsam mit Ihnen einen grünen Wandel voranbringen, hin zu einer Wirtschaft und Gesellschaft, die nicht auf Kosten von Umwelt und Natur, auf Kosten unserer Kinder oder auf Kosten wirtschaftlich schwächerer Menschen in anderen Regionen lebt. Wir können gemeinsam eine gerechtere Gesellschaft schaffen.

Wir wollen heute etwas ändern, um zu einer Art des Wirtschaftens zu kommen, die allen nutzt und nicht nur wenigen, die auf erneuerbare Energien gebaut ist statt auf Öl, Kohle, Atom und Gas, die unsere Umwelt schützt, statt sie zu zerstören.

Wir wollen heute etwas ändern, um das Auseinanderfallen unserer Gesellschaft in drinnen und draußen, in Arm und Reich, oben und unten zu stoppen. Wir wollen heute etwas ändern, um unser Gemeinwesen zu erhalten und unseren

Kindern keine Schuldenberge und keine marode Infrastruktur zu hinterlassen.

Und wir wollen heute etwas ändern, damit wir morgen in einer vielfältigen Gesellschaft leben, in der Kinder, Frauen und Männer, Menschen verschiedener sexueller Identität, verschiedener Religionen, aus unterschiedlichen Kulturen oder unterschiedlicher Herkunft endlich gleichberechtigt leben können und gleiche Möglichkeiten haben. Eine Gesellschaft, die Integration stärkt, statt auszugrenzen.

Für diese Ziele haben wir unsere Vorschläge für die Politik der nächsten vier Jahre entwickelt, für diese Ziele stehen wir.



# TEILHABEN. EINMISCHEN. ZUKUNFT SCHAFFEN.

Eine bessere Politik, die unser Land gerechter macht, die allen Menschen mehr Möglichkeiten gibt, aber sie auch zum Einmischen und Mitmachen ermutigt – das ist unser Ziel. Wir wollen vorausschauen, um eine gute Zukunft zu ermöglichen.

Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen – das ist die Richtung und das sind die Motoren unseres grünen Wandels.

Es ist nicht gerecht, wenn Millionen Menschen aus wichtigen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen sind. Egal in welchem Alter oder mit welchem Einkommen – wir wollen, dass niemand außen vor bleibt.

Es ist gerecht, wenn alle die Chance bekommen, ihre Potenziale und Talente zu entfalten und selbstbestimmt zu leben.

Deutschland ist sehr ungleich geworden. Die öffentliche Verschuldung ist dramatisch gewachsen, während die Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen seit Jahren sinken und der private Reichtum einiger weniger wächst. Unsere Gesellschaft riskiert, den Rückhalt ihrer

Mitglieder zu verlieren und damit den Kitt, der sie zusammenhält. Wir wollen, dass in Zukunft wieder die gesamte Gesellschaft von der wirtschaftlichen Entwicklung profitiert.

Dafür brauchen wir starke öffentliche Einrichtungen, die für alle da sind. Denn überall dort entscheidet sich, ob Menschen teilhaben können: in Kitas und Schulen, Hochschulen und Berufsschulen, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, Jobcentern, auf öffentlichen Plätzen und in Stadtteilzentren, Jugend- und Kultureinrichtungen.

Doch bei diesen öffentlichen Einrichtungen liegt einiges im Argen. Wir brauchen mehr und bessere Betreuungseinrichtungen für die ganz Kleinen, bessere Schulen und Hochschulen. Unsere Gemeinden haben große Probleme mit baufälligen Schulen, maroden Turnhallen, geschlossenen Theatern und Jugendclubs. Das müssen wir ändern.

Starke Institutionen, die mehr Gerechtigkeit und mehr Chancen eröffnen, müssen auch gerecht und solide finanziert werden. Deshalb haben wir ein Steuerkonzept entwickelt, dass

90 Prozent der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler entlastet und dafür hohe Einkommen und große Vermögen stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt.

Die Regierung Merkel hat in nur vier Jahren die Schulden des Bundes um 100 Milliarden Euro erhöht. Bei Bund, Ländern und Kommunen insgesamt sind Deutschlands Schulden unter Angela Merkel von rund 1,6 Billionen auf über 2,1 Billionen Euro angestiegen. Diese Schulden belasten vor allem die nachfolgenden Generationen. Deshalb wollen wir für Privatpersonen mit einem Vermögen von mehr als einer Million Euro eine Vermögensabgabe einführen. Sie soll strikt zum Abbau der Schulden aus der Finanzkrise dienen. Das ist zumutbar, denn die Vermögen dieser Gruppe sind in den letzten Jahren sehr stark angestiegen. Wir wollen den Kampf gegen Steueroasen verstärken und Steuerdumping durch einen europäischen Steuerpakt beenden.

Wenn alle teilhaben sollen, dann brauchen wir gerechte Löhne und gute Arbeit für alle. Wir brauchen eine Stärkung des Tarifvertragssystems, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeit-



nehmer sowie Angestellte wieder stärker am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben. Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro, und wir wollen Minijobs, unsichere und befristete Jobs eindämmen und Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter genauso hoch bezahlen wie Festangestellte.

Wenn alle teilhaben sollen, dann muss Schluss sein mit Diskriminierung. Menschen unterschiedlicher Herkunft sollen gleichberechtigt zusammenleben und gleiche Chancen bekommen. Und Frauen dürfen nicht länger bei Löhnen und Karrierechancen benachteiligt werden. Wir brauchen ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft, gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, eine gesetzliche Quote in Aufsichtsräten und einen Rechtsanspruch auf ganztägige Kinderbetreuung.

Eine gerechte Gesellschaft, an der alle teilhaben können, ist stabiler und nachhaltiger, bietet bessere Lebensqualität für alle und ist darum in unserem gemeinsamen Interesse.

# TEILHABEN. EINMISCHEN. ZUKUNFT SCHAFFEN.

Eine gerechte Gesellschaft gibt auch den Menschen mehr Macht zurück. Viele Menschen glauben heute nicht mehr, dass sie etwas ändern können. Viele meinen, in Zeiten der globalisierten Märkte könne auch die Politik nichts mehr entscheiden. Manche finden das sogar richtig so. Wir nicht. Wir finden, dass demokratisch darüber entschieden werden sollte, wie Märkte reguliert werden. Wir wollen also einen „demokratiekonformen Markt“ und nicht eine „marktkonforme Demokratie“, wie Angela Merkel es zu ihrem erklärten Ziel gemacht hat.

Die Politik Angela Merkels hat den Vertrauensverlust in die Handlungsfähigkeit von Politik massiv verstärkt. Viele Entscheidungen werden weiter einfach über die Köpfe der Menschen hinweg gefällt, etwa bei großen Verkehrsprojekten. Wir setzen hingegen auf eine Politik des Zuhörens und Mitentscheidens, in der Einmischung gewünscht ist und die Politik die Gründe ihres Handelns offenlegt und zur Diskussion stellt.

Wir Grüne sind für unser klares Programm und ehrliche Antworten auf die Finanzierungsfragen von vielen mächtigen Interessengruppen scharf kritisiert worden. Denn wir meinen es ernst damit, dass wir vor der Wahl nichts versprechen, was wir danach nicht halten können.

Wir wissen, was Bürgerbewegungen alles erreichen können – unsere Partei kommt selbst aus Bürgerbewegungen. Wir wollen es mit unserer Politik leichter machen, sich einzumischen. Demokratie zählt zum Wertvollsten, was wir haben.

Deshalb stärken wir die Bürgerbeteiligung. Wir schaffen mehr Beteiligung in den Planungsverfahren und bessere Möglichkeiten für Bürgerbegehren und Volksentscheide.

Wir wollen, dass alle mitbestimmen können, die schon lange hier leben, und wir wollen dafür das Wahlrecht ändern. Das Wahlalter wollen wir auf 16 Jahre senken.

Voraussetzung für eine lebendige Demokratie ist die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen eine offene Gesellschaft, in der Menschen nicht Angst haben müssen, überwacht zu werden – sei es durch den Staat oder immer häufiger durch Unternehmen.

Einmischen – das heißt für uns, jeder Form von Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entschieden entgegenzutreten.

Machen wir aus dem Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger, sich mehr zu beteiligen, Wirklichkeit: für eine demokratische Gesellschaft, in der sich Einmischung lohnt.



# TEILHABEN. EINMISCHEN. ZUKUNFT SCHAFFEN.

Wir wollen nachhaltig wirtschaften. Das bedeutet, nicht mehr zu verbrauchen als nachwächst. Heute verbrauchen wir mehr Ressourcen, als die Erde auf Dauer bereitstellen kann. Unsere heutige Art zu wirtschaften verursacht Klima- und Umweltschäden von unabsehbaren Ausmaßen. Das betrifft vor allem unseren Strom, unseren Verkehr und die Art, wie wir heizen. Wir stoßen dabei sehr viele Treibhausgase aus und erhitzen dadurch die Atmosphäre. Schon heute nehmen Dürren, Wirbelstürme und Überschwemmungen zu, in Zukunft droht eine Klimakatastrophe. Deshalb müssen wir schnell und grundsätzlich umsteuern. Und deshalb brauchen wir eine echte Energiewende.

Wir können uns zu 100 Prozent mit sauberer, sicherer und bezahlbarer Energie versorgen – ohne Atom und Kohle. Das ist aufwendig, aber es ist möglich und es schafft gleichzeitig Hunderttausende neuer Arbeitsplätze. Schwarz-Gelb hat dafür gesorgt, dass die Kosten für erneuerbaren Strom sehr unfair verteilt sind. Wir wollen überflüssige Industriesubventionen abschaffen und so die Strompreise für Mittelstand und Privathaushalte senken.

Wir müssen jetzt schnell in die Stromnetze investieren und den Strommarkt neu organisieren, damit sie ausgerichtet sind auf Windstrom, Sonnenstrom und einige regelbare Kraftwerke für die Zeiten, in denen der Wind nicht bläst und die Sonne nicht scheint.

Auch die Art, wie wir uns fortbewegen, müssen wir auf saubere Energie umstellen. Denn der benzingetriebene Autoverkehr schädigt das Klima zu stark. Wir brauchen deshalb endlich eine neue Verkehrspolitik, die sparsamere Autos und Elektroantriebe fördert und vor allem Vorfahrt gibt für Fußgänger, Fahrrad, Bus und Bahn.

Grüne Wirtschaft verlangt noch mehr. Wir müssen weniger endliche Ressourcen verbrauchen, weniger Treibhausgase ausstoßen und immer mehr wiederverwerten. Dieser Umbau ist ehrgeizig, aber er lohnt sich. Wir können unsere Abhängigkeit von teuren Rohstoffen verringern und können so Wohlstand produzieren, ohne den Planeten weiter zu zerstören.

Wenn Sie uns dabei unterstützen, dann setzen wir den Märkten einen grünen Rahmen. Das bedeutet zum Beispiel, ambitionierte Verbrauchsobergrenzen für Industrie und Verkehr zu setzen. Dann können sich alle daran orientieren und in neue umweltschonende Technologien investieren. Das bedeutet auch Förderprogramme für klimafreundliche Technologien, zum Beispiel einen Energiesparfonds, aus dem der Staat helfen kann, wenn jemand umweltfreundlich umrüsten will.

Eine gute Zukunft schaffen wir auch durch eine vorsorgende Haushalts- und Sozialpolitik. Wir wollen anfangen, den gigantischen Schuldenberg abzutragen. In der Rentenpolitik wollen wir mit einer Garantierente den Menschen das Vertrauen in die Alterssicherung zurückgeben. Und in der Gesundheitspolitik setzen wir viel stärker auf Prävention.

Vorsorgen wollen wir auch in der Außenpolitik. Es verhindert morgen Konflikte, wenn man heute in armen Ländern Entwicklung fördert. Wir wollen 0,7 Prozent unserer Wirtschaftsleistung für Entwicklungszusammenarbeit ausgeben.

Wir setzen auf bessere zivile Krisenvorsorge statt auf Rüstungsexporte.

Wir wollen den Problemen nicht hinterherlaufen, sondern jetzt handeln, um morgen Probleme zu vermeiden – auch wenn das manchmal unbequem ist.





# ENERGIE UND UMWELT



## Unser Leben hängt von unserer Umwelt ab. Von Luft, Wasser, Nahrung, Böden, Pflanzen und Tieren.

Unsere Art zu wirtschaften hat in den Industrieländern großen Wohlstand geschaffen. Doch sie war lange Jahre blind für schwere Schäden an unserer Umwelt und ist es zum Teil immer noch. Sie schafft zwar materiellen Wohlstand, aber sie verschmutzt, verschwendet und zerstört zugleich unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Deshalb müssen wir jetzt umsteuern.

Das betrifft fast alle Bereiche unserer Wirtschaft: Industrie, Landwirtschaft, Energie, Wohnen, Verkehr, Konsum. Wir haben den grünen Wandel im Bereich Energie und Ökologie in konkrete Projekte gefasst. Das sind Schritte auf dem großen Weg des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft.

Ziel der Wirtschaft sollte sein, das Leben der Menschen zu verbessern. Wachstum des Bruttoinlandsproduktes ist dafür nicht die beste Messzahl. Denn manches, was wächst, verursacht mehr Schäden als Nutzen. Energie sollten wir langfristig nur noch aus sauberen Energiequellen wie Wind, Wasser, Sonne oder Biomasse gewinnen – ohne Kohle und Atomkraft. Landwirtschaft sollte nicht auf Kosten der Tiere und auf Kosten der langfristigen Fruchtbarkeit unserer Böden betrieben werden.

Unser Steuersystem belohnt noch heute viele Produkte und Tätigkeiten, die umweltschädlich sind.

Solche Subventionen wollen wir abbauen. Wir wollen die Bahn attraktiver machen und Elektroautos fördern und auch mehr für Fußgänger und Radfahrer tun. Wir wollen mit einem Klimaschutzgesetz den Ausstoß der Treibhausgase massiv reduzieren.

Wir brauchen Anreize, Ressourcen zu sparen. Dazu müssen wir Produkte herstellen, die weniger Energie, Rohstoffe und Material verbrauchen. Bei Elektrogeräten wie Kühlschränken können wir das mit dem sogenannten Top-Runner-Ansatz fördern: Das umweltfreundlichste Gerät einer Klasse setzt den Standard, den in einigen Jahren dann alle erfüllen müssen. So kann man einen sinnvollen Wettlauf auslösen.

Verbraucherinnen und Verbraucher müssen wissen, was in den Produkten, die sie kaufen, enthalten ist. Dazu müssen Produkte besser gekennzeichnet sein. Das gilt vor allem für die hochriskante Gentechnik bei Nahrungsmitteln, die viele Menschen gerne vermeiden wollen.

Die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen können wir in Deutschland ganz konkret durch bessere Luftreinhaltung und durch vernetzte Biotopsysteme und ein Waldschutzprogramm fördern.

# UNSERE PROJEKTE FÜR ENERGIE UND UMWELT

## 100 PROZENT ERNEUERBARE ENERGIEN - FÜR EINE FAIRE ENERGIEWENDE IN BÜRGERHAND

Wind, Sonne, Wasser und Biomasse, das ist die Zukunft unserer Stromversorgung. Diese erneuerbaren Energien sind sauber und unerschöpflich. Sie verursachen weder giftige und klimaschädliche Abgase wie die Kohle noch jahrtausendlang strahlenden Giftmüll wie die Atomkraft. Deutschland gewinnt heute schon ein Viertel seines Stroms aus diesen Quellen. Wir sparen Hunderte Millionen Euro für Rohstoffimporte und haben 400.000 Arbeitsplätze geschaffen. Grüne Energiepolitik hat das geschafft. Daran wollen wir anknüpfen.

Wir wollen bis 2020 den Anteil der erneuerbaren Energien mindestens verdoppeln und bis 2030 die Stromversorgung Deutschlands zu 100 Prozent auf erneuerbare Energien umstellen. Wir wollen die Energiewende in Bürgerhand. Ein Großteil des erneuerbaren Stroms wird von kleinen Unter-

nehmen, Genossenschaften, Stadtwerken und Kommunen erzeugt.

Sauberer Strom soll weiter „Einspeise“-Vorrang vor dem schmutzigen alten Kohle- und Atomstrom haben. Das bedeutet, dass sauberer Strom zuerst ins Netz eingespeist wird. Der Strompreis soll und kann für alle bezahlbar bleiben. Deshalb müssen die Kosten gerecht verteilt werden. Dafür werden wir viele Industrieprivilegien abschaffen sowie Mittelstand und Privathaushalte um vier Milliarden Euro Energiekosten entlasten.

## DIE MASSENTIERHALTUNG BEENDEN - EIN NEUES TIERSCHUTZGESETZ FÜR ARTGERECHTE HALTUNG

Was mit Schweinen, Rindern und Hühnern in der industriellen Fleischproduktion heute geschieht, ist unerträglich. Das Leiden der Tiere ist furchtbar, und das viele billige Fleisch kann nur durch massiven Antibiotikaeinsatz erzeugt werden - mit erheblichen Risiken für unser aller Gesundheit.

Wir Grüne werden das nicht länger hinnehmen. Massentierhaltung darf nicht mehr subventioniert und im Baurecht nicht mehr privilegiert werden.

Wir fordern besseren Immissionsschutz und ein Label für Tierschutz sowie vegane und vegetarische Produkte. Durch ein neues Tierschutzgesetz sorgen wir für tiergerechte Haltung und stoppen den Missbrauch von Antibiotika.

## WIRTSCHAFTSWACHSTUM IST NICHT DAS MASS DER DINGE - NEUE INDIKATOREN FÜR WOHLSTAND UND LEBENSQUALITÄT

Wachstum gilt vielen in Politik und Wirtschaft noch immer als Allheilmittel. Aber sagt das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) eigentlich etwas über unsere Lebensqualität und Lebenszufriedenheit aus? Nein, es rechnet bloß die Menge an Gütern und Dienstleistungen zusammen, die eine Volkswirtschaft hervorbringt. So schlagen sich beispielsweise auch das Hochwasser dieses Sommers und die Beseitigung seiner Schäden als Plus im BIP nieder. Das ist absurd.

Wenn Wachstum mit Umweltzerstörung erkaufte wird, macht uns das unter dem Strich sogar



ärmer. Das BIP ist der falsche Gradmesser. Über die wichtigsten Dinge, die ein Land erfolgreich und das Leben lebenswert machen, sagt das BIP nicht viel aus.

Deshalb brauchen wir ein neues Maß für Wohlstand und Lebensqualität. Der „grüne Wohlstandskompass“ umfasst auch die sozialen und ökologischen Aspekte und gibt der wirtschaftlichen Entwicklung eine grüne Richtung.

### ALLE PROJEKTE AUF EINEN BLICK:

- 100 Prozent erneuerbare Energien
- Massentierhaltung beenden
- neue Indikatoren für Wohlstand
- Klimaschutzgesetz
- Kohleausstieg bis 2030
- effizienterer Umgang mit Rohstoffen
- Abbau umweltschädlicher Subventionen
- Schutz unseres Naturerbes
- saubere Luft und Gesundheitsschutz
- Schutz vor Verkehrslärm
- Bahn attraktiver machen
- öffentlichen Nahverkehr fördern
- sparsame und klimafreundliche Autos
- Finanzabzocke beenden
- Verbraucherschutz verbessern
- keine Gentechnik auf unseren Tellern



# GERECHTIGKEIT

**Einkommen, Vermögen, Chancen, Arbeit, Anerkennung, Wissen und gute ärztliche Versorgung sind in unserem Land immer ungleicher verteilt. Und das hat immer weniger mit Leistung, Fleiß, Talent oder Engagement zu tun, sondern immer mehr mit Glück, Herkunft oder Zufall.**

Arbeit muss anständig bezahlt werden. Wer Vollzeit arbeitet, muss auch davon leben können. Und wir werden nicht länger hinnehmen, dass immer mehr Menschen nur in unsicheren, schlecht bezahlten Minijobs häufig ohne soziale Absicherung oder in Leiharbeit arbeiten. Wir schlagen einen gesetzlichen Mindestlohn vor, gleichen Lohn für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und eine Stärkung des Tarifvertragssystems.

Bildung ist in unserer Gesellschaft das wichtigste Mittel, um teilzuhaben. Wir wollen mehr und bessere Bildung. Um für alle gleiche Chancen und gute Bildung zu gewähren, wollen wir gute Ganztagschulen aufbauen, das BAföG erhöhen und eine Milliarde Euro mehr in die Hochschulen investieren.

Um die Menschen im Alter und bei Krankheit besser abzusichern, brauchen wir im Renten- und im Gesundheitssystem Veränderungen. Gegen Altersarmut wollen wir eine Garantierente einführen. Wer 30 Versicherungsjahre hat, bekommt eine steuerfinanzierte Garantierente von mindestens 850 Euro. Die Zwei-Klassen-Medizin schaffen wir mit einer Bürgerversicherung ab. Damit finanzieren wir auch eine bessere Pflege im Alter.

Bildung, Kinderbetreuung, soziale Sicherheit und öffentliche Infrastruktur kosten Geld. Wir meinen, dass wir unser Gemeinwesen nicht über immer neue Schulden finanzieren sollten. Wir schlagen daher eine befristete Vermögensabgabe auf Vermögen über eine Million Euro vor, die strikt zum Abbau der Schulden aus der Finanzkrise dient. Geringe und mittlere Einkommen wollen wir entlasten, hohe Einkommen sollen einen etwas höheren Beitrag für unser Gemeinwesen, für Bildung, Betreuung und Infrastruktur leisten. In Europa setzen wir uns für einen solidarischen Steuerpakt ein, um Steuerdumping und Steuerdiebstahl zu bekämpfen.

Und wir brauchen ein gerechteres Europa. Wir dürfen die Menschen in den Krisenländern nicht mit Rezession und Massenarbeitslosigkeit alleinlassen. Dort muss verstärkt in zukunftsfähige Branchen investiert werden. Eine europäische Wirtschaftspolitik muss dafür sorgen, dass sich die Wirtschaftskraft der Mitgliedsländer gleichmäßiger entwickelt. Und für ein soziales Europa brauchen wir Mindeststandards, wie einen Mindestlohn und eine Grundsicherung.

# UNSERE PROJEKTE FÜR MEHR GERECHTIGKEIT

## NIEDRIGLÖHNE ABSCHAFFEN - EINEN ALLGEMEINEN MINDESTLOHN EINFÜHREN

Viele arbeiten und können trotzdem nicht davon leben. Wir nehmen Dumpinglöhne von teilweise unter fünf Euro, die dann staatlich aufgestockt werden müssen, nicht länger hin. Darum fordern wir einen allgemeinen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro. Die genaue Höhe des Mindestlohns wird von einer Mindestlohnkommission aus Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern festgelegt. Gleichzeitig müssen wir verhindern, dass immer mehr Unternehmen einfach aus Tarifverträgen aussteigen. Das können wir dadurch leisten, dass wir Tarifverträge in einer bestimmten Branche für allgemein verbindlich erklären. Wir können so den Trend zu immer mehr Niedriglöhnen aufhalten. Nur so schaffen wir es, dass alle von ihrer Arbeit leben können.

## ZWEI-KLASSEN-MEDIZIN ABSCHAFFEN - EINE BÜRGERVERSICHERUNG FÜR ALLE

Wir wollen die Versorgung bei Gesundheit und Pflege verbessern. Heute gibt es zwei Klassen bei den Versicherten. Die Jungen und gut Verdienenden können sich heute aus der gesetzlichen in eine private Krankenkasse verabschieden. Sie sind dadurch mit den Alten, schlechter Verdienenden und öfter Kranken nicht mehr solidarisch. Das ist ungerecht.

Außerdem hat Schwarz-Gelb in der gesetzlichen Krankenversicherung einen fatalen Wechsel eingeleitet: Die Beiträge werden nicht mehr zur Hälfte zwischen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aufgeteilt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zahlen heute bereits mehr. In Zukunft sollen sie alle Kostensteigerungen im Gesundheitswesen allein übernehmen, und zwar unabhängig vom Einkommen. Das heißt, Chefin und Sekretär zahlen genau gleich hohe Zusatzbeiträge, obwohl die Chefin viel mehr verdient. Diese „Kopfpauschale“ ist die schwarz-gelbe Idee für die Zukunft der Krankenversicherung. Dagegen kämpfen wir. Unsere Alternative ist die grüne Bürgerversicherung. Sie bezieht künftig alle ein: gesetzlich Versicherte, privat Versicherte, Beamte und Selbstständige.

Wir ziehen alle Einkommensarten zur Finanzierung heran: also nicht nur den Lohn, sondern auch Aktiengewinne und Zinsen. Gleichzeitig wird die hälftige Finanzierung zwischen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wiederhergestellt. So tragen wir das Gesundheits- und Pflegesystem gemeinsam und alle können davon profitieren.

## DIE FINANZMÄRKTE NEU ORDNETN - EINE SCHULDENBREMSE FÜR BANKEN

Die schlecht regulierten Finanzmärkte haben die Welt in eine historische Wirtschaftskrise gestürzt. Dennoch werden die Banken und Hedgefonds noch immer nicht besser kontrolliert. Die schwarz-gelbe Regierung tut nichts: die europäische Bankenunion wird ausgebremst, das Trennbankengesetz so verwässert, dass Finanzkasino-Spekulationen mit dem Geld der Sparer weiterhin möglich bleiben.

Wir Grüne wollen die Finanzmärkte neu ordnen. Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sollen nie wieder für das Fehlverhalten der Finanzindustrie zahlen. Wir brauchen dazu eine schlagkräftige europäische Bankenaufsicht und einen von den Banken selbst finanzierten Rettungsfonds. Vor allem aber brauchen wir eine verbindliche Schuldenbremse für Banken. Eine solche Schuldenbremse wird die hochspekulativen Geschäfte der Vergangenheit praktisch unmöglich machen und das Finanzsystem deutlich stabilisieren.

## ALLE PROJEKTE AUF EINEN BLICK:

- Mindestlohn
- Bürgerversicherung gegen Zwei-Klassen-Medizin
- Schuldenbremse für Banken
- Vermögensabgabe gegen Schulden
- gerechte Einkommenssteuer
- Garantierente gegen Altersarmut
- gleicher Lohn für Leiharbeit
- Lohngerechtigkeit für Frauen und Männer
- besserer Arbeitsschutz
- flächendeckende Versorgung mit Ganztagschulen
- mehr Geld für Hochschulen
- höheres BAföG für Studium und Weiterbildung
- Einstieg in die Kindergrundsicherung
- Arbeitslosengeld-II-Satz anheben
- Kinder fördern statt Trauschein
- Teilhabe für Menschen mit Behinderung
- bezahlbare Mieten
- Kommunalfinanzen stärken
- mehr Geld für Städtebau
- europäischer Pakt gegen Steuerhinterziehung
- mehr Mittel für Entwicklungszusammenarbeit





# MODERNE GESELLSCHAFT

Eine moderne Gesellschaft gründet sich nicht auf Angst und Kontrolle, sondern auf Freiheit, Vielfalt, Offenheit und Vertrauen in die Bürgerinnen und Bürger. Unsere Gesellschaft ist heute schon bunter und offener, als sie es früher war. Aber die Modernisierung unseres Landes stockt unter Schwarz-Gelb.

Auch nach jahrzehntelangem Kampf für Gleichberechtigung sind Frauen immer noch benachteiligt. Ihre Karrierechancen sind kleiner, sie sind sozial schlechter abgesichert als Männer, und weit weniger als die Hälfte schafft es in Führungspositionen. Wir schlagen eine verbindliche Frauenquote für Führungsgremien vor, wollen Familie und Beruf durch mehr und bessere Kinderbetreuung endlich vereinbar machen und kämpfen für familienfreundliche Arbeitszeitmodelle.

Immer noch werden Menschen wegen ihrer sexuellen Identität diskriminiert. Wir sagen: Gleiche Rechte für gleiche Liebe, Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare.

Eine moderne Gesellschaft ist offen zur Welt und schottet sich nicht ab. Wir wollen Einbürgerungen erleichtern, Asylbewerberinnen und Asylbewerber mehr Rechte einräumen und eine solidarische Asylpolitik in ganz Europa.

Politik für eine moderne Gesellschaft vertraut den Bürgerinnen und Bürgern, schützt ihre Rechte und setzt auf ihre Beteiligung. Wir wollen Volksentscheide auch auf Bundesebene und mehr Mitbestimmung bei der Planung von Großprojekten

sowie den Ausbau des Informationsfreiheitsgesetzes, damit die Bürgerinnen und Bürger ihren Staat durchschauen können und nicht umgekehrt.

Die rechtsextreme Terrorserie der NSU hat uns alle schockiert. Und sie hat das Vertrauen in die deutschen Sicherheitsbehörden erschüttert. Wir wollen deshalb eine klare Zäsur beim Verfassungsschutz.

Die Privatsphäre wollen wir vor allem im Internet stärken. Wir schlagen ein modernes und faires Urheberrecht vor und wollen die Abmahnengeschäfte der großen Anwaltskanzleien beenden.

Eine moderne Gesellschaft handelt nach außen nicht mehr durch militärische Stärke, wie im 19. Jahrhundert. Wir werden die zivile Krisenprävention ausbauen. Deutschland soll nicht weiter wie unter Schwarz-Gelb zum Waffenlieferanten der Welt werden.

Die EU braucht eine europäische Öffentlichkeit, um aus ihrer Vertrauenskrise herauszukommen. Wir wollen die europäische Bürgerinitiative zu europäischen Volksentscheiden ausbauen und in einem öffentlichen Konvent über Europas Zukunft diskutieren.

# UNSERE PROJEKTE FÜR EINE MODERNE GESELLSCHAFT

## KEINE RÜSTUNGSEXPORTE ZULASTEN VON MENSCHENRECHTEN - EIN RÜSTUNGS- EXPORTGESETZ BESCHLIESSEN

Wir wollen Rüstungsexporte strikt kontrollieren. Die Lage der Menschenrechte im Empfängerland und die Gefahr, dass Waffen zur Gewalt gegen die eigenen Bürgerinnen und Bürger eingesetzt werden, müssen geprüft werden.

Heute entscheidet der sogenannte Bundessicherheitsrat über Rüstungsexporte. Er besteht aus einem Teil der Bundesregierung und tagt geheim. Vieles, was dort entschieden wird, erfährt die Öffentlichkeit nie. Das muss beendet werden.

Wir wollen den Bundessicherheitsrat in seiner jetzigen Form abschaffen. Beschlüsse über Rüstungsexporte sollten nicht geheim bleiben. Der Deutsche Bundestag muss in Zukunft unterrichtet werden und eine aufschiebende Vetomöglichkeit erhalten. So können wir die Exporte der Rüstungsindustrie besser kontrollieren.

Der Export von Waffen und Software zur Überwachung von Kommunikation und Internet an Diktaturen muss ganz gestoppt werden.

## DAS BETREUUNGSGELD ABSCHAFFEN - GUTE KITA-PLÄTZE BESSER AUSBAUEN

In Deutschland fehlen über 200.000 Betreuungsplätze in Kitas. Seit Jahren kennen wir das Problem, seit Jahren geschieht viel zu wenig. Wir wollen rasch mehr gute Kita-Plätze schaffen. Das ist nicht allein Sache der Landespolitik. Ab August 2013 haben Kinder einen Rechtsanspruch auf Betreuung. Um den auch wirklich zu gewähren, wollen wir endlich das nötige Geld in den Ausbau der Kitas stecken. Familien können nur wirklich wählen, wie sie ihre Kinder betreuen, wenn für alle, die das wollen, auch ein Kitaplatz zur Verfügung steht.

Das milliardenschwere schwarz-gelbe Betreuungsgeld setzt falsche Anreize. Es belohnt durch staatlichen Zuschuss Betreuung zu Hause. Häufig schließt es damit Kinder von frühkindlicher Bildung aus und zementiert alte Rollenmuster von Mann und Frau. Durch flächendeckende Betreuungsangebote hingegen bekommen alle Kinder eine Chance, ihre Potenziale und Interessen zu entfalten. Und wir schaffen die Voraussetzung,

dass Elternschaft und Beruf vereinbar werden. Mit einer schlecht ausgestatteten Kita ist aber keinem geholfen. Wir wollen bundesweite Qualitätsstandards und noch mehr Fachkräfte in den Einrichtungen.

## RECHTSEXTREMISMUS ENTSCIEDEN ENT- GEGENTRETEN - PROJEKTE GEGEN RECHTS- EXTREMISMUS SYSTEMATISCH FÖRDERN

Rassismus, Intoleranz, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Feindlichkeit gegenüber Sinti und Roma, Transphobie und Homophobie - all das sind Erscheinungen der sogenannten gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. So etwas hat in unserer Gesellschaft nichts zu suchen, wir stellen uns dem entschieden entgegen.

Dafür bauen wir die Förderung von Projekten der Zivilgesellschaft aus. Der Bund muss mindestens 50 Millionen Euro jährlich für die kontinuierliche Förderung von Maßnahmen und Strukturen für Demokratie und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zur Verfügung stellen. Die unsägliche „Extremismusklausel“ der CDU-Ministerin Schröder schaffen wir ab. Sie ist nichts als eine Denunziation vieler Projekte und Initiativen und behindert den Kampf gegen rechts.

### ALLE PROJEKTE AUF EINEN BLICK:

- strikte Kontrolle von Rüstungsexporten
- Kita-Ausbau statt Betreuungsgeld
- Kampf gegen Rechtsextremismus
- mehr Zeit für Familie
- gesetzliche Frauenquote
- gleichgeschlechtliche Ehe
- Wahlrecht ab 16 Jahren
- mehr Bürgerbeteiligung
- Transparenz gegen Korruption
- Reform von Verfassungsschutz und Sicherheitsarchitektur
- flächendeckender Breitbandausbau
- modernes und faires Urheberrecht
- Urheberrechtsvertragsrecht reformieren
- Kreative besser absichern
- Datenschutz statt Vorratsdatenspeicherung
- Einbürgerung erleichtern
- menschliche Flüchtlingspolitik in der EU
- Drogenpolitik reformieren
- NS-Vergangenheit in Behörden aufarbeiten
- mehr Demokratie in der EU
- Mittel für Friedenskräfte verdoppeln



**Das gesamte Wahlprogramm finden Sie unter  
[www.gruene.de/programm](http://www.gruene.de/programm)**

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Platz vor dem Neuen Tor 1

10115 Berlin

Tel.: 030-28 442-0

Fax: 030-28 442-210

Internet: [www.gruene.de](http://www.gruene.de)

Spendenkonto:

Kontonummer: 803 581 5900

BLZ: 430 609 67

GLS-Bank

